

Reaktionärer Staatsumbau

Integration – Formierung – Manipulation



Die Bildungszeitung hat den Auftrag, aktuelle Tendenzen der Rechtsentwicklung in die Klassenkämpfe unserer Zeit einzuordnen.

Dazu wird in einem ersten Teil der Begriff der Herrschaft sowie die Notwendigkeiten, die sich aus der Herrschaft des Monopolkapitals ergeben, erklärt.

Im zweiten Teil werden einige Methoden vorgestellt,

die die Interessenvertreter und Propagandisten des Monopolkapitals zu diesem Zweck verwenden. Im dritten Teil wenden wir uns historischen und aktuellen Strategien des Monopolkapitals zu.

Abschließend werden wir thematisieren, welche Schlussfolgerungen für die notwendige antifaschistische Orientierung der DKP aus diesen Erkenntnissen zu ziehen sind.

Leitgedanke

„In Klassengesellschaften (...) ist der Zusammenhang der Gesellschaft nur herstellbar entweder durch offene, direkten physischen Zwang ausübende herrschaftliche Gewalt oder durch auf falschem Bewußtsein beruhende subjektive Zustimmung der Beherrschten. Keine Klassengesellschaft kommt ohne ein bestimmtes Quantum an Gewalt aus, aber auch keine kommt auf die Dauer ohne auf falschem Bewußtsein beruhende Mehrheitszustimmung der Beherrschten aus. Je gewisser ihr diese Zustimmung ist, desto weniger ist sie auf die Demonstration von Gewalt angewiesen; sie ist innenpolitisch optimal gesichert, wenn ihr die Gesamtheit der Beherrschten subjektive Anhänglichkeit zeigt. Integration hat die Herstellung dieser Anhänglichkeit zum Inhalt und umfaßt daher alles, was diese direkt oder indirekt herbeiführt. In Klassengesellschaften bedeutete sie daher notwendig immer die Entfremdung der beherrschten Gesellschaftsmehrheit vom Bewußtsein ihrer objektiven Interessen zugunsten ihrer Unterordnung unter die Interessen der herrschenden gesellschaftlichen Minderheit.“

Opitz, Reinhard: **Liberalismus – Faschismus – Integration**. Band 1, S. 345

Bildungszeitung
für die Grundorganisationen
2. Halbjahr 2020


DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Faschismus kommt nicht von den Faschisten

Im Januar 2020 fand in Regensburg ein Seminar statt zum Thema „Rechtsentwicklung und reaktionärer Staatsumbau“. Es war quasi das Pilotprojekt zur Behandlung eines Themas, das für uns Kommunisten große Bedeutung hat.

Mit dieser Einleitung stellen wir Euch den roten Faden vor, nicht zuletzt deshalb, weil wir nur einen Teil der vielschichtigen Problematik hier aufgreifen können. Um nur zwei wichtige Themenkomplexe hier zu nennen, die wir einer weiteren Bearbeitung zuführen möchten:

- „Demokratie“ begegnet uns als Bezeichnung, als ideologisches Konzept, das scheinbar weitgehend von allen Bevölkerungsschichten als Wert hochgehalten wird. Wir aber wissen, dass sich der Inhalt anders bestimmt, je nachdem von welcher Seite der Klassen-Barrikade aus man ihn betrachtet. Dass das Verständnis von Demokratie in historischem Kontext und klassenmäßig gesehen werden muss, wird uns sicherlich noch in anderen Ausarbeitungen beschäftigen.
- Der Zusammenhang von Faschismus und Krieg, von Aggression nach innen und Aggression nach außen, wird nicht intensiv behandelt. Deshalb der explizite Hinweis hier in der Einleitung: *„Die Ursache des deutschen Faschismus als Bewegung und als System war der unbändige territoriale Expansionsdrang des deutschen Monopolkapitals, der die bürgerlich-demokratische Staatsordnung in dem Maße deformierte und schließlich durch den offenen Terrorismus ersetzte, in dem er sich von ihr behindert sah.“¹*

Die Bildungszeitung im Kurzüberblick:

Teil 1: Was ist bürgerliche Herrschaft? Elementar hier der Gedankengang, wie sich mit der Entwicklung vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus politisch der Wandel zur Reaktion vollzog. Im Imperialismus erhebt die Monopolbourgeoisie Anspruch auf eine Gesellschaft, in der alle ihre Glieder sich als Rädchen in die imperialistische Maschinerie einfügen. Wir verwenden im Text den Begriff der „geschlossenen Heimatfront“, um diesen spezifisch monopolkapitalistischen Herrschaftsbedarf zu kennzeichnen: Die Monopolbourgeoisie ist darauf angewiesen, die aktive Einordnung aller Gesellschaftsteile in die Durchsetzung ihrer imperialistischen Klasseninteressen zu erreichen. Im ersten Weltkrieg wurde dieser Bedarf sichtbar bei der notwendigen Unterstützung der gesellschaftlichen Produktion an der „Heimatfront“ für die an den eigentlichen Fronten kämpfenden Soldaten. Die bessere Fähigkeit der Monopolbourgeoisie eines Landes, ihre Bevölkerung zu einer geschlossenen Heimatfront zusammenzuschweißen wird zum entscheidenden Faktor in deren Konkurrenzkampf gegen die Imperialisten anderer Nationen. Und diese „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“, wie sie Lenin analysierte, tritt nicht erst in den Zeiten des Faschismus ein, sondern ist unabdingbare Notwendigkeit der Herrschaftssicherung. Jedoch: Die Durchsetzung dieser Herrschaft im bürgerlich-liberalen Rahmen und ihre Durchsetzung im Faschismus unterscheiden sich in der Form, mit der die Heimatfront hergestellt wird.

In Teil 2 beleuchten wir Mechanismen dieser Herrschaftsausübung und folgen hier Thomas Metscher, der als wesentliche Elemente „Lüge, Trug und ideologischer Schein“ he-

rausarbeitet. In aktuellen Beispielen wird gezeigt, wie Meinungsmanagement und Empörungsmanagement funktionieren (v.a. über die Medien), wie Wahrnehmung gesteuert wird und welche Bestandteile bürgerlicher Ideologie ihre Wirkung in der Arbeiterklasse entfalten. Bewusstsein ist bewusstes Sein - und diese Bewusstheit, die Erkenntnis der eigenen Lage, gilt es zur Herrschaftssicherung zu verhindern.

So vorbereitet geht es zu **Teil 3: Grenzen der Integration**. Die Integrationsstrategien setzen auf „freiwillige“ Integration, auf eine Verfälschung des Interessensbewusstseins der breiten Masse der Bevölkerung. Doch dieser Methode sind Grenzen gesetzt, da die Realität nicht widerspruchsfrei ist. Wie begegnet man Unzufriedenheit in der Bevölkerung? Was tun, wenn die freiwillige Unterwerfung zunehmend weniger reibungslos funktioniert? Dann kann es für die Bourgeoisie geboten erscheinen, die „freiwillige“ Integration durch eine mit Gewalt erzwungene zu ersetzen. Wichtig ist hier zu beachten die Unterscheidung zwischen dem Faschismus an der Macht und Faschismus als Bewegung. Der rechte Protest markiert keine neuen Feindbilder, sondern er übernimmt die Ideologien und die Feindbilder der Monopolbourgeoisie. Dann allerdings drängt er auf eine Brutalisierung des Kampfs gegen diese Feinde.

Wir erhoffen uns eine lebhaftere Diskussion in der Partei und wollen das Angebot für Vorbesprechungen in Video- oder Telefonkonferenzen machen, wie die gemeinsame Arbeit mit der Bildungszeitung in den Gruppen gestaltet werden kann. Das Angebot für solche Vorbesprechungen richtet sich an diejenigen, die die Diskussion in den Grundeinheiten initiieren wollen. Das müssen keine gewählten Bildungsverantwortlichen sein. Bei diesen Online-Terminen können alle Fragen auf den Tisch kommen: zur Gestaltung der Bildungsabende, zu den Texten, Verständnisfragen, Hintergrundmaterial. Diese Termine werden über die Bezirke bekanntgegeben werden.

Wenn es Fragen gibt: Bitte meldet Euch! Wir sind wild entschlossen, den Grundeinheiten jede Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um eine gute Diskussion zu ermöglichen. Wir wissen, dass es da oft Bedenken gibt, ob und wie man das hinbekommen soll. Und deshalb: Fordert unsere Unterstützung ein und meldet Euch per Mail bei Richard Höhmann, dem Leiter der Bildungskommission über: bildung@dkp.de

Impressum

Herausgeber: DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Telefon 0201/1778890, pv@dkp.de, dkp.de
ViSdP: Richard Höhmann

Diese Bildungszeitung wurde erstellt von dem Kollektiv Kurt Baumann, Richard Höhmann, Jürgen Lloyd und Ursula Vogt.

1 Opitz, Reinhard: Edition in 3 Bänden. Band II: Faschismus. Marburg 1999, S. 194

Titelbild: Guernica von Pablo Picasso als Wandbild in Originalgröße in der Stadt Gernika
Foto: Papamanila / CC BY-SA 3.0 DE

1. Bürgerliche Herrschaft

Was ist bürgerliche Herrschaft?

Der Arbeiterklasse gegenüber steht die Bourgeoisie. Das sind diejenigen, die Produktionsmittel besitzen. Die Bourgeoisie ist bereits unter dem Feudalismus die ökonomisch herrschende Klasse geworden und hat sich in den bürgerlichen Revolutionen – von denen die bekannteste die französische Revolution von 1789 ist – die politische Macht erkämpft. Dabei vertrat sie die Ideologie, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich und frei seien. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ war der Schlachtruf der französischen Revolution.

Die Bourgeoisie herrscht anders als die Feudalherren. Der Feudalherr brachte die Bauern in direkte persönliche Abhängigkeit, die Frondienste mussten auf dem Hof des Fronherren geleistet werden, der Zehnt wurde direkt vom Hof gepfändet. Das alles braucht die Bourgeoisie nicht. Sie braucht, wie Marx sagt, „doppelt freie“ Lohnarbeiter. „Doppelt frei“, denn sie müssen frei von Produktionsmitteln sein, also nichts mehr zu verkaufen haben als ihre Ware Arbeitskraft und sie müssen frei von feudalen Fesseln sein, also nicht mehr, wie der feudale Bauer, an seine Scholle gefesselt, sondern „frei“; heute sagt man „flexibel“.

Dabei brachte die Bourgeoisie durchaus große historische Fortschritte auch für die arbeitenden Menschen. Sie schaffte die einheitlichen Nationalstaaten, schuf die gigantische Großindustrie unserer Zeit, entfaltete die Produktivkräfte und brach an vielen Stellen den Einfluss der Kirche. Das sind unbestreitbar Dinge, die die Bourgeoisie zu ihrer Zeit zu einer fortschrittlichen Kraft machte.

Die Bourgeoisie besteht aus Einzelkapitalisten, die zueinander in Konkurrenz stehen. Sie musste also Mittel und Wege finden, sich ihrer Interessen bewusst zu werden und sie gegenüber den anderen Teilen der Bevölkerung, besonders gegenüber der Arbeiterklasse, zu vertreten. Dazu übernahm sie zunächst den feudalen Staatsapparat und baute ihn zu ihren Zwecken um. An die Spitze traten in verschiedenen Varianten Parlamente. Ein Parlament folgt der Idee: Die Vertreter der verschiedenen Interessengruppen des Kapitals sitzen beieinander und sind auf das „Gemeinwohl“, also die gemeinsamen kapitalistischen Interessen festgelegt. Unter diesen Ausgangsbedingungen setzen sie gemeinsam ihre Interessen in staatliche Politik um. Dabei handeln sie als Interessenvertreter ihrer Klasse, Marx nannte sie daher „Charaktermasken“. Es ist von ihnen selbst und größtenteils von ihrem Willen unabhängig, was sie ihrem geschichtlichen Sein gemäß gezwungen sein werden, zu tun. Nur nach letzterem bewerten wir das Handeln des Klassegegners.

In dem Maße wie die Bourgeoisie sich als herrschende Klasse durchsetzte, realisierte sich das Versprechen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als bloße Freiheit des Marktes und als Gleichheit aller Marktteilnehmer. Dies sicherzustellen wurde Hauptaufgabe des bürgerlichen Staates. Demokratische und soziale Forderungen wurden brutal unterdrückt.

Wichtiges Gestaltungselement des bürgerlichen Staates war der Parlamentarismus: Arme Schichten der Bevölkerung, kleine Handwerker, große Teile der Landbevölkerung, die sich entwickelnde Arbeiterklasse sowie Frauen blieben durch Einschränkungen des Wahlrechts ausgeschlossen. (Das Wahlrecht war häufig an Einkommen, Höhe der gezahlten Steuer o. ä. gebunden). So blieb die Bourgeoisie in den Wahlgremien unter sich. Über parlamentarische und andere Vertretungskörperschaften erfolgte ein Aushandeln der Machtverhältnisse innerhalb der Bourgeoisie. Marx und Engels analysieren im „Manifest“: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der gesamten Bourgeoisie verwaltet.“¹

Damit hätten wir alle Instrumente beieinander, eine Definition des Begriffs Herrschaft mit Inhalt zu füllen. Herrschaft ist ein Verhältnis, in dem die Herrschenden den Beherrschten ihre Interessen aufzwingen können. Dies sind die ökonomischen Klasseninteressen der Bourgeoisie, allen voran das Profitinteresse, und die sich aus diesem sowie aus dem Interesse an der Gesamterhaltung des Systems ergebenden politischen Interessen. Hierzu ist das wesentliche Instrument der bürgerliche Staat.



Foto: gemeinfrei

1 Marx/Engels, „Manifest der kommunistischen Partei“, MEW Bd.4, S.464

Die Interessen der Herrschenden werden zum „Gemeinwohl“ und damit auch als zweckdienlich für die Beherrschten erklärt. Um die Frage, inwieweit das gelingt, findet zwischen den Herrschenden und den Beherrschten ein Klassenkampf auf allen diesen drei Ebenen – ökonomisch, politisch, ideologisch – statt.

Bürgerliche Herrschaft heute – der Monopolkapitalismus

Auch unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus bleibt dieses Verhältnis im Wesentlichen bestehen. Das Wesen des Systems Kapitalismus bleibt weiterhin der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es finden aber einige bedeutsame Differenzierungen der Kampfbedingungen statt.

Dazu befassen wir uns zuerst mit der ökonomischen Grundlage des Monopolkapitalismus: dem Monopol. Die Tendenz über Konzentration und Zentralisation des Kapitals hin zum Monopol wurde bereits von Marx und Engels beschrieben. Für den einzelnen Kapitalisten vermittelt sich diese Tendenz als Möglichkeit zur Profitmaximierung.

Dahinter wirkt jedoch die Entwicklung der Produktivkräfte. Diese bedeutet nämlich einen ständigen Zuwachs des gesellschaftlichen Charakters der Produktion. Je weiter die Produktivkräfte entwickelt sind, desto stärker verlangen sie – jedenfalls der Tendenz nach –, dass sie nicht im isolierten Rahmen privater Einzelproduktion eingesetzt werden, sondern in stets umfangreichem gesellschaftlichen Zusammenhang. Der Handwebstuhl passte zu einer Produktionsweise, die von Heimarbeit geprägt war. Der von einer Dampfmaschine angetriebene mechanische Webstuhl verlangte aber nach der Zusammenfassung der Produktion in großen Manufakturen. Ebenso ergeben moderne, IT-basierte, vernetzte Produktionstechnologien nur dann einen Sinn, wenn mit ihnen viele Produktionsschritte und viele Menschen auch wirklich in einen – vernetzten – Zusammenhang gebracht werden. Und das Beispiel zeigt schon, dass es nicht unbedingt auf die unmittelbare Arbeitsumgebung ankommt (das wäre ein anderes Thema). Denn die IT-basierten Produktionsweisen machen oft genug auch Heimarbeit wieder aktuell. Das Wesentliche, um das es uns hier gehen muss, ist der gesellschaftliche Charakter der Produktion. Und der nimmt – getrieben durch die Produktivkraftentwicklung – zu.



Foto: Joe Mud, CC BY-NC-SA 2.0

Die Herausbildung des Monopolkapitalismus – das ist der Kernpunkt der Imperialismusanalyse von Lenin – ist nun die Antwort, die im Rahmen der Kapitalismus auf den immer stärker ausgeprägten gesellschaftlichen Charakter der Produktion gegeben wird. Die Entwicklung hin zum Monopolkapitalismus wird von ihm daher auch mit den Worten charakterisiert: „Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung.“ (LW22, S.270)

Der Schlüssel zum Verständnis von Lenins Imperialismusbegriff ist, dass er die Trennung zwischen „der Politik“ und „der Ökonomie“, die typisch für die bürgerliche Ideologie ist, nicht mitmacht. Lenin stellt klar, dass es eine ökonomische Basis für den Imperialismus gibt – das Monopol. Er stellt klar, dass deswegen also alle Ansätze fehlgehen, die im Imperialismus lediglich eine besonders aggressive oder expansive Praxis kapitalistischer Staaten sehen. Er erklärt sogar, warum solche Ansätze unweigerlich im Opportunismus enden. Gleichzeitig betont er aber auch, dass es sich bei der Herausbildung des Imperialismus nicht bloß um eine ökonomische Entwicklung handelt.

Der Schlüssel zum Verständnis von Lenins Imperialismusbegriff ist, dass er die Trennung zwischen „der Politik“ und „der Ökonomie“, die typisch für die bürgerliche Ideologie ist, nicht mitmacht. Lenin stellt klar, dass es eine ökonomische Basis für den Imperialismus gibt – das Monopol. Er stellt klar, dass deswegen also alle Ansätze fehlgehen, die im Imperialismus lediglich eine besonders aggressive oder expansive Praxis kapitalistischer Staaten sehen. Er erklärt sogar, warum solche Ansätze unweigerlich im Opportunismus enden. Gleichzeitig betont er aber auch, dass es sich bei der Herausbildung des Imperialismus nicht bloß um eine ökonomische Entwicklung handelt.

Die von ihm erarbeiteten **fünf Merkmale des Imperialismus** sind:

1. Konzentration des Kapitals bis zum Monopol;
2. Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital;
3. Kapitalexport bekommt größere Bedeutung als Warenexport;
4. internationale monopolistische Kapitalistenverbände teilen die Welt unter sich auf;
5. territoriale Aufteilung der Erde ist abgeschlossen.

Das bezeichnet er als die „grundlegenden rein ökonomischen Begriffe“. Eine Definition des Imperialismus müsse aber mehr erfassen, wenn sie „auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in Bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung“ (LW22, S.271) aufklären solle.

Der Kernbegriff hierbei ist der der Vergesellschaftung. Was schon von Marx und Engels in ihrem Geschichts- und Gesellschaftsverständnis herausgearbeitet wurde, dass nämlich die arbeitsteilige Produktion und Reproduktion unseres Lebens die grundlegende gesellschaftliche Realität unseres Lebens schafft, das entfaltet sich mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus auf einer neuen Stufe:

„Die Konkurrenz wandelte sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion. Im Besonderen wird auch der Prozess der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet.“ (LW22, S.209)

Der im Bereich der Ökonomie sich entwickelnde Prozess der Kapitalkonzentration bis hin zum Monopol und dessen neuer vorherrschenden Rolle wird von Lenin daraufhin beleuchtet, was dieser für die geschichtliche Entwicklung bedeutet. Das, was dieser Verflechtung zugrunde liegt, sind die sich verändernden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.

Fassen wir zusammen: Das Monopol ist das auf eine neue Stufe getriebene kapitalistische Ausbeutungsverhältnis. Durch den gesellschaftlichen Charakter der Produktion getrieben fällt den Monopolen mit ihrer ökonomischen Macht auch unmittelbar politische Macht, nämlich Macht über die Organisation des gesamten Wirtschaftslebens und damit des gesamten öffentlichen und privaten Lebens zu. Die Monopole sind immer enger mit dem bürgerlichen Staat verflochten, es bildet sich der staatsmonopolistische Kapitalismus heraus. So wie die Monopole über politische Macht verfügen, wird auch der Staat immer direkter ein ökonomischer Faktor. Die Kapitalistenklasse kann und muss diesen Staat damit direkter als zuvor den Interessen einzelner Monopolisten und Monopolfraktionen unterordnen, während der Staat des Kapitalismus der freien Konkurrenz relativ unabhängiger vom Willen der einzelnen Kapitalisten war. Die Interessengegensätze zwischen den Monopolen werden nun innerhalb des Staatsapparates ausgetragen.

Geschlossene Heimatfront

Diese Entwicklung bringt einen neuen Inhalt bürgerlicher Herrschaft hervor, der charakteristisch für die Herrschaft des Monopolkapitals ist – also für imperialistische Herrschaft: Die Bourgeoisie konnte in der Epoche der freien Konkurrenz ihre Herrschaft im Betrieb verwirklichen und vom Staat im Wesentlichen die Absicherung von Produktionsmittelbesitz und Gewährleistung der Marktregeln verlangen – auch mit brutalen Mitteln. Im Imperialismus aber erhebt die Monopolbourgeoisie Anspruch auf eine Gesellschaft, in der alle ihre Glieder sich als Rädchen in die imperialistische Maschine einfügen. Und zwar so, dass sie tendenziell mit allen ihren Lebensäußerungen im Sinne des Monopolkapitals fungieren. Bürgerliche Herrschaft im monopolistischen Stadium des Kapitalismus hat also einen spezifischen Charakter, der sich vom Charakter bürgerlicher Herrschaft im früheren Kapitalismus unterscheidet. Und dementsprechend ändert sich auch der Staat, der ja die organisierte Gewalt dieser Herrschaft ist. Das charakteristisch Neue an der monopolkapitalistischen Herrschaft besteht in der Notwendigkeit, die ganze Gesellschaft möglichst geschlossen für die Ziele und Zwecke der Monopolbourgeoisie einspannen zu können. Und eine so ausgerichtete Gesellschaft wird aus der Perspektive der Bourgeoisie zur zwingenden Erfolgs- und Existenzbedingung durch den Druck der internationalen Konkurrenz. Die bessere Fähigkeit der Monopolbourgeoisie eines Landes, ihre Bevölkerung zu einer geschlossenen Heimatfront zusammenzuschweißen wird zum entscheidenden Faktor in deren Konkurrenzkampf gegen die Imperialisten anderer Nationen. Handgreiflich zeigte sich dieser Zwang für die jeweiligen Monopolbourgeoisien im ersten Weltkrieg. Man brauchte nicht mehr nur eine ausbeutungsfähige Arbeiterschaft im Betrieb, sondern man brauchte Menschenmassen, die bereit sind, im Schützengraben zu morden und sich ermorden zu lassen. Das „wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Deutsche“ markiert fortan den innenpolitischen Idealzustand des deutschen Imperialismus. Dieser neuen Bedingung für den Erfolg und die Machtentfaltung bürgerlicher Herrschaft, die für das Stadium des Monopolkapitalismus gilt, können wir gar nicht genug Beachtung schenken.

Lenin schreibt 1916: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomie, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem „Finanzkapital“.“ (LW23, S.34)



Foto: gemeinfrei

Diese „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“ ist das Wesen bürgerlicher Herrschaft im Monopolkapitalismus. Es ist klar geworden, dass diese Feststellung von Lenin keineswegs als bloße Diffamierung des Monopolkapitals verstanden werden sollte, sondern dass sie einer Analyse der spezifischen Herrschaftsbedingungen des imperialistischen (also des monopolistischen) Kapitals entspringt. Der spezifisch reaktionäre, antidemokratische Charakter des Imperialismus erwächst aus dem Zwang der Monopolbourgeoisie, die möglichst geschlossene Heimatfront herstellen zu müssen.

Dann wird aber auch klar, dass diese „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“ nicht erst für die Zeit des Faschismus eingetreten ist, sondern dass sie auch dann bereits jeder monopolkapitalistischen Herrschaft zugrunde liegt, wenn diese sich noch im Rahmen einer bürgerlich-liberalen Ordnung mit Parlamentarismus und in der Form einer bürgerlichen Demokratie durchsetzt.

Die Durchsetzung monopolkapitalistischer Herrschaft im bürgerlich-liberalen Rahmen und ihre Durchsetzung im Faschismus unterscheiden sich in der Form, mit der die Heimatfront hergestellt wird. Dieser Unterschied hat gewaltige Folgen nicht zuletzt auch für unsere Kampfbedingungen. Aber das spezifisch Anti-Demokratische des Imperialismus, das Lenin als „Reaktion auf der ganzen Linie“ bezeichnet hat, ist eine Eigenschaft, die dem Monopolkapitalismus anhängt und nicht erst der faschistischen Form seiner Herrschaft.

Fazit

Als Abschluss wollen wir das hier Gesagte noch einmal kurz zusammenfassen:

1. Bürgerliche Herrschaft ist in Form und in Inhalt nicht statisch, sondern verändert und entwickelt sich.
2. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz beruht die Herrschaft im Wesentlichen auf der Absicherung der Ausbeutung im Produktionsprozess.
3. Im Monopolkapitalismus erreicht der gesellschaftliche Charakter der Produktion einen neuen hochentwickelten Stand. Damit sich der gesellschaftliche Charakter auf dieser Stufe effektiv verwirklichen kann, muss die ganze Gesellschaft die Zwecksetzung der Monopole mittragen. „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.“ (LW22, S.302)
4. Der zwingende Bedarf des Monopolkapitals nach einer „geschlossenen Heimatfront“ prägt den anti-demokratischen Charakter des Imperialismus: Die „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“.

Für uns gilt es im Folgenden, die Möglichkeiten und Methoden des Monopolkapitals zur Herstellung dieser geschlossenen Heimatfront zu untersuchen und zu verstehen, wie Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr aus den Kämpfen um diese Heimatfront zu erklären sind.

2. Die bewusste und intelligente Manipulation der Massen

In Teil 1 haben wir die Entwicklung vom Konkurrenzkapitalismus zum monopolistischen Kapitalismus unter dem Aspekt der Herrschaftsabsicherung nachvollzogen und sind zu dem Schluss gekommen: Die Monopolbourgeoisie erhebt Anspruch auf eine Gesellschaft, in der alle Glieder sich als Rädchen in die imperialistische Maschinerie einfügen. Die Gesellschaft muss ausgerichtet, formiert werden. Was dabei stört sagt uns Milton Friedmann, Träger des Wirtschaftsnobelpreises: „A democratic society, once established, destroys a free economy“ – Demokratie zerstört die freie Wirtschaft.

Wie also kann es gelingen, dass die übergroße Mehrheit so denkt und so handelt, wie es eine kleine Minderheit braucht? Methoden hierzu stellen wir euch in diesem Teil der Bildungszeitung vor.

Massenbeeinflussung

1928 erschien das Buch „Propaganda“ von Edward Bernays (1891–1995), das noch heute aktuell ist. „Die bewusste und intelligente Manipulation der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften.“ Am Beginn seiner Karriere stand die Kampagne, die den Widerstand der amerikanischen Bevölkerung gegen den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg brach. Die Bezeichnung der Deutschen als Hunnen – auf Plakaten dargestellt als furchteinflößende Fratzen –, Happenings und Medienbeschuss von früh bis spät und das missionarische Ziel „Make the world safe for democracy“ sorgten für den Meinungsumschwung.

Seine Erkenntnisse setzte er dann gewinnbringend in Friedenszeiten um. Damit Menschen Dinge kaufen, die sie nicht brauchen oder zumindest nicht in dem von der Industrie gewünschten Maße, muss an Gefühle appelliert werden, an eine Sehnsucht, einen Wunsch. Waren müssen emotionalisiert werden. Für die United Fruit Company entwarf er die Werbekampagne für Bananen („Chiquita“) und für den Lebensmittelkonzern Beech-Nut die Kampagne für Frühstücksspeck. Ärzte (Experten!) priesen den gesundheitlichen Nutzen von Speck und Eiern für einen gelungenen Start in den Tag. Der Tabakindustrie verhalf er dazu, Frauen, für die damals Rauchen als unschicklich galt, als Konsumenten zu gewinnen, indem ihnen Rauchen als Symbol von Freiheit und Emanzipation verkauft wurde.² Die Anwendung dieser Methoden erleben wir in der Politik bevorzugt in Wahlkampfzeiten. Es geht um die gefühlsmäßige Bindung an den Kandidaten. Nicht die inhaltliche Debatte entscheidet, sondern es werden Ansichten und Werte erforscht, die getriggert werden. Trump-Wähler wurden gezielt identifiziert als Menschen mit „Strenger-Vater-Weltsicht“ und damit empfänglich für Law-and-Order-Konzepte. Welche Bevölkerungsschichten in welchen Teilen des Landes hierfür ansprechbar sind wurde durch akribische Untersuchungen ermittelt, z. B. unter Verwendung der Daten von Facebook-Nutzern. Das Ziel ist die Vernichtung des Gegners; Mittel hierzu sind haltlose Versprechen, Lügen, Kriminalisierung des Gegners, bis in die Fingerspitzen durchgestylte Wahlkampfshows, griffige Slogans („make America great again“).



Express vom 28.4.1999

Kernelemente: Lüge, Trug, ideologischer Schein

Diese drei seien hier als wesentliche Elemente dieser Formierung kurz vorgestellt (in Anlehnung an Thomas Metscher³):

Die Lüge: Rudolf Scharping präsentiert 1999 den „Hufeisenplan“, der beweisen sollte, dass Slobodan Milošević von Anfang an eine ethnische Säuberung geplant habe. Der angebliche Originalplan aus Belgrad wurde später als Produkt des deutschen Kriegsministeriums entlarvt. Auch bekannt: Colin Powell, der 2003 ein Glasröhrchen in die Kamera hält als Beweis für die Massenvernichtungswaffen des Irak.

2 Gut geeignet für einen Gruppenabend ist hierzu der Film: Edward Bernays: Zigaretten, Bananen und die CIA <https://www.youtube.com/watch?v=RvNfjJAHqFs>

3 Metscher, Thomas: Imperialismus und Moderne. Essen, 2009. S. 47 ff.

Und das Geschwister vom Lug ist **der Trug, die Täuschung**: Anders als die Lüge hat der Trug die Deformation der Wahrheit als Kern. Beispiel hierfür ist der Umgang mit der Geschichte der DDR. Reale Probleme, Widersprüche, Mängel werden benannt in aufgebauschter Weise, Errungenschaften werden verschwiegen oder abqualifiziert (z.B. dass alle Arbeit hatten ist gleich faul und lahm bei der Arbeit); ihr Antifaschismus wird verächtlich gemacht als „verordnet“; die Stasi dargestellt, als gäbe es sonst nirgendwo auf der Welt Geheimdienste; die Wirtschaft als uneffektiv verhöhnt und so auch nach der „Wende“ verramscht.

Der **ideologische Schein** ist wie ein Rauchvorhang. Das sind die großen Erzählungen, die Narrative von Regierung und Kapital, die wir alle verinnerlichen sollen. Z.B.: Freiheit und democracy; „westliche Wertegemeinschaft“; die kapitalistische Definition von Menschenrechten (die soziale Rechte nicht enthält) als Keule gegen andere Staaten; „humanitäre Intervention“; Krieg ist nicht Krieg, sondern eine Mission; vom Tellerwäscher zum Millionär; Sozialismus ist unmöglich, weil der Mensch dem Menschen Wolf ist; Oben und Unten hat es immer gegeben; wenn es dem Kapital gut geht, geht es allen gut; wir sitzen alle in einem Boot; rechts = links und der Rest ist die demokratische Mitte. Das Bestehende ist „alternativlos“.

Die Ideologie des Sozialdemokratismus ist wesentlich dafür verantwortlich, dass dieser Rauchvorhang nicht gelüftet wird. Anstatt zur Verteidigung der sozialen und politischen Rechte aufzurufen, freut sich der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann: „Wir haben einen Tarifvertrag geschlossen, mit dem Beschäftigung und Einkommen geschützt werden und Eltern sich um ihre Kinder kümmern können, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind. Dieser Abschluss ist ein Beitrag zur Abfederung der Coronakrise und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhang.“ In der gemeinsamen Presseerklärung von DGB und BDA (Bund Deutscher Arbeitgeber) vom 13. März 2020 heißt es: „Die Sozialpartner stellen gemeinsame Verantwortung in der Coronakrise über Differenzen.“ – Und jetzt klatschen wir mal alle kräftig.

Methoden der Formierung

„Die Hegemonie einer herrschenden Klasse setzt sich auf die Weise durch, dass die herrschende Klasse ihre Wertvorstellungen allgemein verbindlich machen kann, so dass sie von den Beherrschten, den Ausgebeuteten als die ihren übernommen und verinnerlicht werden. Dies ist nur solange möglich, als der Schein aufrecht erhalten wird, dass die Interessengegensätze der Klassen im Rahmen eines gemeinsam übergeordneten Interesses miteinander versöhnt werden können“, schreibt Hans Heinz Holz.⁴ Je weniger Gewalt und Zwang sichtbar sind, umso sicherer ist die Herrschaft des Kapitals. Dazu werden mit viel Geld und Aufwand die Mechanismen erforscht, die die Zerstörung des Bewusstseins, die Deformation der Psyche, die Entmündigung und Eingliederung der Menschen besorgen. Ein wirkmächtiges Element dieser Zurichtung der Menschen ist Angst. Die Beschneidung demokratischer Rechte durch neue Gesetze und Verordnungen wird verkauft als Versprechen für Sicherheit⁵. Der Markt (Alles ist Ware!) regelt das Leben der Individuen. Von den Elementen, die unmittelbar dem Kapitalismus entspringen ist das entscheidende die Konkurrenz. Die Menschen betrachten die Mitmenschen nicht nur als Konkurrenten, sondern im Kapitalismus sind sie Konkurrenten. (Der ausländische Kollege; Entlassungen: zum Glück trifft’s erst den Leiharbeiter; Standortsicherung.) Gewünscht: Vereinzelung, Individualisierung und Entsolidarisierung.

Weitere Elemente, die unmittelbar dem Kapitalismus entspringen sind:

- Warenfetisch und Geldgötze: Konsum, Sex und Geld. „Marktkonforme“ soziale Verhältnisse: Hartz IV; prekäre Arbeitsverhältnisse; Niedriglohnsektor; Steuergesetzgebung; Strafgesetzgebung und Rechtsprechung
- Erzeugung von Apathie durch Sorgen um den finanziellen Lebensunterhalt
- Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Ausgeliefertsein an technische und ökonomische Erscheinungen und Entwicklungen: Krise; „Digitalisierung“
- Zwang zur Selbstoptimierung und Anpassung an Normen (Verfügbarkeit, Flexibilität)

Eine ganze Bewusstseinsindustrie arbeitet daran, die existierenden Klassenverhältnisse nicht nur abzustreiten, sondern unerkennbar zu machen. Diese Methoden werden in hohem Maße durch die Medien oder die unsozialen Netzwerke transportiert. Wir stellen vor:

- Meinungsmanagement, Aufmerksamkeitsmanagement
- Empörungsmanagement

4 Hans Heinz Holz: Der Kampf um Demokratie und Frieden. Band 1, Essen, 2003, S. 189

5 Literaturhinweise: Prantl, Heribert: Der Terrorist als Gesetzgeber. München, 2008Wodak, Ruth: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien/Hamburg, 2016Mausfeld, Rainer: Angst und Macht. Frankfurt/Main, 2019

- Framing, Nudging
Hier sollen jeweils nur einige Beispiele gegeben werden, um die Methodik darzustellen.

Meinungsmanagement und Aufmerksamkeitsmanagement

Hier geht es im Wesentlichen darum, die Aufmerksamkeit auf bestimmte Dinge hin- und von anderen wegzulenken, sowie durch permanente Wiederholungen den gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen. Zu nennen sind hier

- die Auswahl, was überhaupt Thema ist und was nicht; Fakten unsichtbar machen: z.B.: Ertrunkene im Mittelmeer;
- das Verschweigen: z.B. Einsatz kubanischer Ärzte; Streik der italienischen Automobilarbeiter;
- das Vorenthalten von Hintergrundinformationen und Zusammenhängen, besonders häufig bei Kriegsgeschehen;
- das „Wording“: z.B.: Machthaber, Diktatur; Putschisten werden dargestellt als Freiheitskämpfer; Aktivisten; Experten; „Krieg gegen den Terror“ – nicht Krieg gegen den Irak, ein Land mit Menschen;
- Wiederholungen, am besten in Verknüpfungen: z.B. kriminelle Ausländer; Unrechtsstaat DDR;
- Und auch: das Überfluten mit Nichtigkeiten: Nachrichten von den Royals; dem verklemmten Furz eines Schauspielers.

Empörungsmanagement

Das Empörungsmanagement will auch gut geplant sein. Hier geht es einerseits darum, die Empörung über die eigene oder befreundete Regierungen einzudämmen – da werden dann höchstens mal „Bedenken angemeldet“ – und andererseits darum, die Empörung gegen missliebige Regierungen anzufachen: „Regenschirmproteste“, Demokratiebewegung in Hongkong; alle möglichen farbigen „Revolutionen“. Bestandteil dieser Methode ist auch das Präsentieren immer neuer Aufreger, Dramatisierung, Alarmismus: Das Virus aus dem Labor in Wuhan⁶. „Only bad news are good news.“

Alles schick: Nudging, Framing

Es gibt ein internes Strategiepapier des Bundesinnenministeriums, das nicht zur Veröffentlichung gedacht war, jedoch von „FragdenStaat“ bekannt gemacht wurde. Darin ist die Rede, dass man zur Hinnahme der staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie eine „Schockwirkung“ erzielen müsse. Es wird empfohlen, die konkreten Auswirkungen zu verdeutlichen, z.B. wenn ein Angehöriger qualvoll erstickt, weil im Krankenhaus kein Platz ist: „Das Erstickten oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst.“ Diese Methode heißt „Nudging“, vom englischen Wort für Schubsen oder Stupsen. Damit soll das Verhalten von Menschen auf vorhersagbare Weise beeinflusst werden, ohne dabei auf Verbote, Gebote oder ökonomische Anreize zurückzugreifen. Seit August 2014 gibt es beim Bundeskanzleramt ein Team, das sich mit dem Einsatz dieser Methode in der Politik befasst. So soll Akzeptanz geschaffen, reaktive Ablehnung von Maßnahmen der Regierung vermieden werden. Denken soll reflexartig erfolgen und verankertes Verhalten ausgelöst werden.

Ein anderes ausgeklügeltes Mittel der Massenbeeinflussung ist „Framing“. Ein „Frame“ zielt ab auf die Wahrnehmung der Realität, soll sie beeinflussen und steuern, welche Informationen bei der adressierten Person hängen bleiben. Framing macht sich insbesondere das Denken in Bildern und Metaphern zunutze.

Wahrnehmung steuern: Framing

Ein perfektes und besonders perfides Beispiel für Framing:

- „Endlich!“ – Lang genug hat er uns terrorisiert!
 - „aus Erdloch“ – da leben Ratten = Entmenschlichung des Gegners
 - „gezerrt“ – wie einen feigen räudigen Hund
 - Dazu das passende Bild
 - „und rasiert!“ – Entwürdigung durch Entfernung des Bartes.
- Und übertragene Bedeutung: hoch und verdient gewinnen.

Das Wortpaar „Erdloch“ und „zerren“ findet sich auch bei: stern, FAZ, Spiegel ...

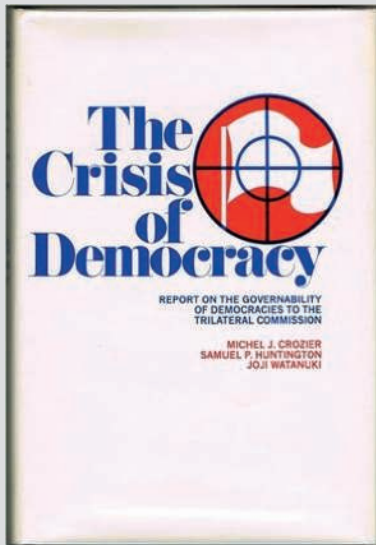


Bild vom 15.12.2003

⁶ Eine Fülle an Beispielen der Meinungsmache gegen China findet sich bei <https://publikumskonferenz.de/blog/2020/06/11/tagesschau-stil-s-sind-ja-bloss-chinesen/>

Wer seine Lage erkannt hat ...

Wir konnten Euch einen kurzen Abriss dessen geben, welche Anstrengungen die herrschende Klasse unternimmt, damit ihre Gedanken die herrschenden Gedanken bleiben, damit die Unterdrückten die Mechanismen nicht durchschauen und nicht für ihre Interessen gemeinsam kämpfen. Wenn wir sehen, dass die Menschen Lüge, Trug und ideologischem Schein ausgesetzt sind, dass sie physisch und psychisch ruiniert werden, dass sie erniedrigt und verächtlich gemacht werden, dann darf die Schuld nicht bei den Unterdrückten gesucht werden. Es muss um die Erkenntnis der Zusammenhänge gehen, um die Erkenntnis der Klasseninteressen und somit um die Schaffung von Bewusstsein. Bertolt Brecht: „Wer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein?“ Oder wie es in der Zeitschrift „Melodie & Rhythmus“⁷ ironisch auf den Punkt gebracht wird: Was Kapitalisten zu Vorbildern macht ist ihr Klassenbewusstsein.



Wissenschaft im Dienst der Herren

„Science of Deception“ (die Kunst der Täuschung) ist der Titel eines Workshops 2003 von CIA und American Psychological Association (APA). Die Themenstellung lautete: Wie kann „zum Zwecke der nationalen Sicherheit“ die Bevölkerung am besten getäuscht werden.

Ein weiteres Beispiel: Die Trilaterale Kommission, gegründet 1973 auf Initiative von David Rockefeller, versteht sich als politikberatende Denkfabrik. Ihr gehören ca. 400 hochrangige Wirtschaftsbesitzer und Politiker an.⁸ Dieser Thinktank machte in der Folge von 1968 einen „Exzess der Demokratie“ aus. „Die Vitalität der Demokratie in den 60er Jahren, wie sie sich in dem Anstieg politischer Partizipation zeigte, stellt das Regieren in den 70er Jahren vor Probleme.“ Die Schlussfolgerung: „Die effektive Führung eines demokratischen politischen Systems erfordert ein gewisses Maß an Apathie und Teilnahmslosigkeit auf Seiten der Individuen und Gruppen.“⁹

7 Melodie & Rhythmus, 3. Quartal 2020, S. 22

8 Die aktuellen Mitglieder kann man sich auf Wikipedia ansehen. Sigmar Gabriel ist dabei und Wolfgang Ischinger („Münchener Sicherheitskonferenz“) und Joe Kaeser von Siemens.

9 Bericht: The Crisis of Democracy, 1975. https://en.wikipedia.org/wiki/The_Crisis_of_Democracy

3. Grenzen der Integration

Wir haben in den vorherigen Kapiteln gesehen, dass der Kapitalismus mit dem Eintritt in sein imperialistisches Stadium ein spezifisches Herrschaftsbedürfnis entwickelt hat. Es reicht ihm nicht mehr, dass die Kapitalverwertung – sprich Ausbeutung – in den Betrieben möglichst störungsfrei erfolgt und vor etwaigem Widerstand der Arbeiterklasse gesichert wird. Das Monopolkapital benötigt mehr, nämlich die aktive Mitarbeit der ganzen Gesellschaft. Es benötigt die geschlossene Heimatfront. Und wir haben auch die vorherrschenden Methoden kennengelernt, mit denen die Kooperation der Gesellschaft für die Verfolgung der monopolkapitalistischen Zwecke hergestellt wird: Lüge, Trug und ideologischer Schein. Hierzu dient die Propagierung bürgerlicher Ideologie von der Wiege bis zur Bahre, in Schule und Medien. Hierzu dienen auch die Mechanismen des bürgerlichen Politikbetriebs inklusive des Parlamentarismus. Und stützen kann sich all das auch noch auf eine vom Kapitalismus geprägte – also in sich widersprüchliche – Realität. Es braucht keine besondere Propaganda, damit ein Arbeiter seinen Kollegen als Konkurrenten ansieht. Solange Kapitalismus herrscht, konkurrieren sie ja tatsächlich beispielsweise um Arbeitsplatz oder Wohnung. Im Gegenteil braucht es besondere Anstrengungen, um ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass es im Interesse der Arbeiterklasse ist, das kapitalistische Konkurrenzsystem zu überwinden.

Widersprüche im Innern

Kann die Monopolbourgeoisie sich also beruhigt zurücklegen und in der Gewissheit einer durch erfolgreiche Integrationsstrategie abgesicherten Herrschaftsbasis nach freiem Belieben schalten und walten? Nein, das kann sie nicht und das macht sie auch nicht. Es ist für uns von Interesse, genau zu verstehen, warum sie das nicht kann. Wir wollen zunächst diese Gründe feststellen und anschließend untersuchen, wie die Monopolbourgeoisie damit umgehen kann, dass sie sich nicht stets und zuverlässig auf die Wirksamkeit der Integrationsstrategien verlassen kann.

Die auf „freiwillige“ Integration zielende Herrschaftsstrategie setzt auf eine Verfälschung des Interessenbewusstseins der breiten Masse der Bevölkerung. Ihnen sollen die Ziele und Zwecke des Monopolkapitals als Inhalte des eigenen Interesses erscheinen. Und im Kapitalismus bietet die Erfahrung mit dessen widersprüchlicher Realität ständige Nahrung für ein verfälschtes Interessenbewusstsein und Anknüpfungspunkte für solche Propaganda.¹⁰ Doch diese Realität, die uns im Kapitalismus zu Konkurrenten macht und auf der sich daher nahtlos ideologische Inhalte wie der sozialdarwinistische Kampf um den eigenen Lebensraum aufpflanzen lassen, diese Realität ist ja nicht widerspruchsfrei. In dieser Realität finden sich stets auch Erfahrungen, die den Beherrschten vermitteln, dass sie andere Interessen als die Herrschenden haben. Anders gesagt: Alleine schon deswegen, weil der Kapitalismus kein System ist, welches die Bedürfnisse der Menschen dauerhaft befriedigt, und weil er es qua definitionem auch gar nicht sein kann, alleine deswegen wird er immer wieder in der Masse der Bevölkerung die Erfahrung hervorrufen, dass ihren Interessen in der herrschenden Realität nicht, oder jedenfalls nicht vollständig entsprochen wird. Alle Integrationsbemühungen der Monopole können dann nicht verhindern, dass immer wieder ein Potential von Unzufriedenheit in der Bevölkerung entsteht. Dies ist eine vom Kapitalismus nicht lösbare Grenze der Integrationsstrategien.

Widersprüchliche Bewegung des Imperialismus

Hinzu kommt die widersprüchliche und krisenhafte Bewegung des Imperialismus. Das Ringen mit konkurrierenden Imperialismen um Vorherrschaft mal auf diesem, mal auf jenem Feld bringt einen stetigen Wechsel von Stärken und Schwächen hervor. Und eine Position eigener Stärke und fremder Schwäche darf vom Monopolkapital auf keinem Fall ungenutzt bleiben, um in ihr die eigene Macht auszudehnen. Merkels Ansage zur Wirtschaftskrise in ihrer Neujahresansprache 2009: „Wir wollen die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise nicht einfach überstehen. Wir wollen stärker aus ihr herausgehen, als wir hineingekommen sind“¹¹ war genau die Ankündigung eines solchen Machtkampfs. Um dies aber nicht nur anzukündigen, sondern in der Lage zu sein, dies auch in Taten umzusetzen, kann in solchen Situationen für die Monopole der Druck entstehen, auch sehr kurzfristig die Heimatfront zu mobilisieren. Die notwendige Mobilisierung der Heimatfront zur Nutzung

10 Siehe auch: A.Hornung/J.Lloyd/J.Meier: Bewusstsein und bewusstes Sein im Monopolkapitalismus. UZ vom 10. Juli 2020

11 Siehe <https://www.morgenpost.de/politik/article103639785/Angela-Merkels-Neujahrsansprache-im-Wortlaut.html>

einer gerade aktuellen Stärke kann dabei in Konflikt geraten mit den eher längerfristig angelegten Integrationsstrategien. Das gilt umso mehr, als der Konkurrenzkampf der Imperialisten stets auch zum Krieg tendiert. Dies ist ein zweiter Grund, warum das Monopolkapital sich nicht zurücklehnen kann und seine Herrschaft allezeit auf die „freiwillige“ Integration zu stützen vermag.

Die Rechtsentwicklung

Wenn die integrative Form monopolkapitalistischer Herrschaft aber in der Perspektive der Monopole kein stets und ewig gültiges Modell ist, müssen wir fragen, was die Monopole dann als Alternative in der Hinterhand haben. Denn für den Fall, dass ihr Herrschaftsmodell mit „freiwilliger“ Integration nicht das Ergebnis liefert, die aktuell als notwendig erachteten Interessen des Monopolkapitals durchsetzen zu können, ist es für die Bourgeoisie keine Option, einfach auf ihre Interessendurchsetzung zu verzichten. Einen solchen Verzicht darf sie sich nicht erlauben! Er würde der Bourgeoisie als Beginn ihres Untergangs erscheinen.

Es können also Situationen eintreten, wo für ein als notwendig erachtetes Interesse des Monopolkapitals nicht mehr zuverlässig mit den Mitteln der Integration eine geschlossene Heimatfront gesichert werden kann. Und das ist dann in der Tat die Situation, wo die Monopolbourgeoisie regelmäßig ihr Wohlwollen verliert, mit dem sie bisher diese bürgerlich-demokratische Form ihrer Herrschaft betrachtet hat. Sofort setzt dann das Klagen ein über Unzulänglichkeiten des demokratischen Systems, über unerfüllten Reformbedarf, über Fehlentwicklungen der Demokratie, über Ineffizienz des parlamentarischen Verfahrens, über das Versagen des Staates, der angeblich durch unterschiedliche Interessenverbände und Parteien usurpiert wird, über Unregierbarkeit. Und dann? Dann kommen die Forderungen nach einem Rückbau des parlamentarisch-liberalen Systems und einer Revision bürgerlich-demokratischer Rechte. Dann müssen Prozenhürden die Repräsentation widerstreitender Interessen im Parlament beschränken, dann erscheint ein Mehrheitswahlrecht besser als ein Verhältniswahlrecht, dann soll die Verlängerung der Legislaturperioden die Zahl der Wahlen vermindern, dann soll ein starker Präsident her, dann werden Ausnahme Gesetze für den Notstand erlassen, dann muss eine Expertenregierung – befreit von den Schranken parlamentarischer Hürden – die Probleme lösen, der Ausnahmezustand wird erklärt, usw.

Dieser Prozess ist es, den wir als Rechtsentwicklung benennen und dessen Ursache wir jetzt verstehen können. Die Rechtsentwicklung setzt ein in dem Moment, wo die Integration aufhört, ausreichend wirksam zu sein. Egal, ob dies geschieht wegen zunehmender Desintegration, also Anwachsens von Unzufriedenheit und Protest, oder ob es geschieht, weil sich das Verhältnis von Stärken und Schwächen der konkurrierenden Imperialisten so ändert, dass die Monopole Maßnahmen für notwendig halten, für die sich nicht auf die Schnelle die hinreichende Massenbasis per Integration generieren lässt. Dann beginnt der Prozess der Rechtsentwicklung, der Widerruf bürgerlich-demokratischer Rechte und Errungenschaften.

Historisch: Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik

Wie dieser Prozess läuft, das lässt sich veranschaulichen mit einem Blick darauf, wie dies bereits einmal in Deutschland vollzogen wurde:

Im Januar 1928 wurde der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ gegründet, der nach seinem Gründungsvorsitzenden, dem früheren Reichskanzler Hans Luther, auch als „Lutherbund“ bekannt wurde. Dieser Verein war eine politische Propagandaorganisation. Man könnte sie heute als „Pressure-Group“ bezeichnen. Ihm gehörten zwar nur rund 300 Mitglieder an, aber eben nicht irgendwelche: Die Geschäftsführung und der Vorstand des RDI war fast vollständig vertreten. Mit dabei und den Gründungsauftrag unterschrieben haben u. a. Röchling, Reusch, Haniel, Vögler, Thyssen, Krupp aus der Schwerindustrie waren dabei, ebenso Siemens, Bosch, Moldenhauer, Borsig, Hummel von den Chemie- und Elektromonopolen, Vertreter der Deutschen Bank, der Danat-Bank und verschiedener Privatbanken, und ebenso Politiker wie von Papen, von Gayl, Otto Gessler, Gustav Noske und der damalige Kölner Oberbürgermeister Adenauer.

Und welches Interesse bewegte nun die Monopolherren der Weimarer Republik zur Gründung dieses Vereins? Im Gründungsauftrag wird das zum Ausdruck gebracht. Ein wenig schwülstig zwar, aber für uns – nach dem, was wir uns bisher an Erkenntnis über monopolkapitalistische Herrschaft erarbeitet haben – doch klar verständlich.

„Nur äußerste Kraftanspannung gewinnt der Nation ihre Stellung im Kreise der Völker zurück.“

*[...] Wegbereiter dieses Zieles zu sein, ist die Aufgabe aller Männer und Frauen, die für sich die Pflicht der Mitarbeit am Staate bejahen. Unter ihnen soll sich ein Bund schließen zur Erneuerung des Reiches. Überall im deutschen Volke muss der Wille aufflammen zur Überwindung von Streit und Vielregiererei. Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach dem Worte des Freiherrn vom Stein: Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!*¹²

Ende 1927/Anfang 1928 war den Monopolen also danach, „das dritte Reich zu schmieden“ und „Streit und Vielregiererei“ zu überwinden. Die Propaganda des BER beschäftigte sich in den folgenden Jahren bis 1933 insbesondere mit der „Reichsreform“, der Neuorganisation der Verhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern – einem Projekt also, welches dann 1932 im Staatsstreich in Preußen unter Franz von Papen umgesetzt wurde. Das zweite vorrangige Thema des BER war die Propaganda für eine stärkere Stellung des Reichspräsidenten. Diesem käme die Aufgabe zu, als vom ganzen Volk Gewählter dessen Einheit und Geschlossenheit gegenüber dem Pluralismus der Parteien und ihren Kompromissen zu verkörpern. Indem er dies mache, sei er der Hüter der Verfassung. Propaganda also für die Entmachtung des Parlaments, wie sie dann auch ab 1930 mit den Regierungen Brüning und dann Papen vollzogen wurde, die sich erklärter- und gewolltermaßen nicht mehr auf die Parteien und Parlamentsmehrheiten stützten, sondern auf die Autorität des Reichspräsidenten und seines Notstandsartikels 48.

Was war geschehen, dass die Monopolbourgeoisie 1927/28 sich dazu entschied, der parlamentarisch-liberal organisierten Form ihrer Herrschaft in der Weimarer Republik den Rücken zu kehren und stattdessen Kurs nahm um „das dritte Reich zu schmieden“? Stellen wir erst mal fest, was es nicht war, was uns aber immer wieder von bürgerlichen Weißwäschen und Geschichtsfälschern eingeredet wird, und zwar so wirksam eingeredet wird, dass es viel zu oft auch bis in unsere Reihen Aufnahme findet.

Es war nicht – so deren erste Fehlaussage – der Druck der Straße, die verbreitete Unzufriedenheit, oder die Zwangslage der staatstragenden „demokratischen Mitte“ zwischen den Protestkräften von rechts und links. Selbst wenn wir ihnen den Gefallen tun, und KPD und NSDAP zusammen als integrationsresistenten Protest betrachten, dann erhielt die KPD bei den Wahlen 1928 10,6 % der abgegebenen Stimmen. Das ist keine Größe, die den Monopolen bereits die Gefährdung ihres Herrschaftsmodells ankündigen könnte. Und die NSDAP lag bei ganzen 2,6 % der Stimmen.

Und es war auch nicht – so die zweite Fehlaussage – die Wirtschaftskrise, die eine Desintegration der Herrschaftsbasis der Monopole hätte befürchten lassen können. Die setzte als Börsenkrach erst im Herbst 1929 ein und machte sich in Deutschland erst im Laufe des Jahres 1930 bemerkbar.

Nein, die armen Monopole waren nicht die getriebenen Opfer unglücklicher Umstände, die sie leider gezwungen hätten, schließlich sich des Rechtsrucks nicht mehr erwehren zu können und den Nazis hinterherzulaufen. Das Gegenteil war der Fall: In der zweiten Hälfte der 20er Jahre hatte der deutsche Imperialismus wieder eine solche Stärke gewonnen, dass er sich im Stande sah, die Folgen seiner Niederlage beim ersten Griff nach der Weltmacht zu revidieren: Ihm erschien es an der Zeit, die im inneren ihm abgetrotzten Zugeständnisse von Arbeitszeitbeschränkungen und von Gewerkschaftsrechten endlich abzuschütteln; und dann die außenpolitischen Beschränkungen bei der Rüstung und bei erneuter Expansion und Grenzverschiebungen. Es war die wieder erreichte Stärke, die zu diesem Strategiewechsel der deutschen Monopolbourgeoisie geführt hat – weg von der parlamentarisch-liberalen Form ihrer Herrschaft und Kurs auf die autoritär-diktatorische Form und den Faschismus. Dies klar zu erkennen ist wichtig. Wir brauchen das, wenn wir über unsere Strategie gegen Rechtsentwicklung und Faschismus sprechen.

Faschismus an der Macht

Was aber, wenn die diversen Schritte der Rechtsentwicklung nicht reichen, um die Interessen der Monopole zuverlässig absichern zu können? Und sie werden ja tendenziell nicht reichen, denn all diese Maßnahmen dienen doch dazu, die Machtausübung der Monopole uneingeschränkter durchsetzen zu können. Sie führen also dazu, die objektiven Interessen der nicht-monopolistischen Bevölkerungsteile noch weiter und stärker zu verletzen und dadurch in der Folge auch dazu das Protestpotential, welches sich der Integration entzieht, noch weiter anwachsen zu lassen. Dann muss

12 zitiert nach Kurt Gossweiler: Bund zur Erneuerung des Reiches, in: „Die bürgerlichen Parteien in Deutschland“, Bd.1

ein Herrschaftssystem her, das die „freiwillige“ Integration der Bevölkerung hinter die Ziele des Imperialismus durch eine mit Gewalt erzwungene Integration ersetzt. Das ist dann der Faschismus. Dann haben wir genau das, was Dimitroff in seinem berühmten Zitat beschrieben hat: Die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, imperialistischsten Teile des Finanzkapitals. Der Faschismus ist (auch diese Aussage ist in Dimitroffs Referat auf dem VII. Weltkongress enthalten) „die Macht des Finanzkapitals selbst“. Der Faschismus hat nichts anderes zum Inhalt als die Durchsetzung der Interessen des Imperialismus. Und es gibt keinen Fall in der Geschichte, in dem der Faschismus an der Macht andere Interessen als die der herrschenden Monopolbourgeoisie zur Durchsetzung gebracht hat.



Bundesarchiv, Bild 102-13774 / H.Hoffmann / CC-BY-SA 1

Ein deutscher Kanzler, der wusste was – aus Sicht der Monopole – getan werden musste.

Auch ein Geschichtsbewusstsein

„Ich bin der festen Überzeugung, dass Deutschland in seiner Geschichte unendliches Glück hatte, weil es eigentlich immer zum richtigen Zeitpunkt den richtigen Kanzler, die richtige Kanzlerin hatte für die Dinge, die getan werden mussten.“

Annegret Kramp-Karrenbauer im ARD-Sommerinterview, 5. Juli 2020, zitiert nach junge welt vom 7.7.2020

Quellen und Charakter des Faschismus als Bewegung

Wir haben dargestellt, dass der spezifische Herrschaftsbedarf des Monopolkapitals an der geschlossenen Heimatfront sich zur Notwendigkeit für die Monopole entwickeln kann, zur faschistischen Herrschaftsform überzugehen. Wenn wir dies erklären können, dann müssen wir jetzt fragen, welche Rolle der Faschismus als Bewegung hierbei einnimmt. Wie hängen faschistische Gruppen und Parteien mit der Rechtsentwicklung zusammen?

Wir haben oben beschrieben, dass der Erfolg der Integrationsstrategien immer bedroht ist durch die Erfahrungen, die die Beherrschten mit der Realität des Kapitalismus machen. Diese Realität erzeugt immer wieder Gründe für Unzufriedenheit. Und diese Unzufriedenheit ist dem Erfolg der Integrationsstrategien prinzipiell abträglich. Wie steht es nun um das Bewusstsein dieser Beherrschten, die sich wegen ihrer Erfahrungen mit der kapitalistischen Wirklichkeit nicht mehr einlullen lassen, dass alles – so, wie es ist – schon ihren Interessen gemäß eingerichtet ist? Sie entziehen sich der Integration, weil sie unzufrieden mit ihren Lebensumständen sind. Aber damit werden ihnen ja nicht auch gleich die Gründe und Zusammenhänge bewusst, die für diese Umstände verantwortlich sind. Viel näher liegt die Annahme, dass auch bei ihnen noch die Inhalte der Integrationsstrategien weiter ihr Hirn vernebeln.. All die Ideologien, die ihnen weismachen sollten, die Ziele und Zwecke der Monopole wären Ausdruck nicht fremder, sondern ihrer eigenen Interessen hallen auch dann noch nach. Es entsteht auf diese Weise ein Protestpotential von Menschen, die sich nicht mehr in das bestehende System integrieren lassen wollen. Sie protestieren gegen die Zustände, in denen sie die Verletzung ihrer Interessen erkennen. Gleichzeitig haben sie aber weiter den Kopf voll mit den ideologischen Weltbildern der Integrationsstrategen. Und deren Inhalte prägen nun das Bewusstsein dieses rechten Protestpotentials. Wenn wir also verstehen wollen, woher das spezifische Bewusstsein des rechten Protests und des Massenanhangs faschistischer Bewegungen kommt, müssen wir untersuchen, welche Inhalte die Integrationsstrategien in den Köpfen der Menschen verankern. Und auch wenn es vielfältige – auf die jeweiligen Bedürfnisse der Zielgruppen abgestimmte – Varianten gibt, wie die Integrationsideologien gestaltet sein können, so müssen sie im Kern stets den gleichen Inhalt vermitteln: Die Ziele und Zwecke der Monopole müssen der Bevölkerungsmehrheit als deren eigene Interessen angedient werden. Das Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie wird als inhaltliche Bestimmung dessen dargestellt, was als „Gemeinwohl“ gelten darf. Und alle, die der Durchsetzung der Monopolinteressen entgegenstehen, erscheinen damit als Feinde des „Gemeinwohls“.

Wie kann sich jetzt der rechte Protest Ausdruck verschaffen? Er wird den Kampf einfordern gegen diejenigen, die dem vorgeblichen Gemeinwohl entgegenstehen. Wer das ist, wurde gelernt: Den Herrschaftsinteressen der Monopole stehen Linke entgegen, Gewerkschafter, konkurrierende Nationen, Hartz-IV-Empfänger, nicht von den hiesigen Profitmachern verwertbare Flüchtlinge. Gegen sie wird nun zum Kampf geblasen. Und ebenso gegen alle, die mit ihren humanitären, liberalen oder rechtstaatlichen Bedenken diesen Kampf zur Durchsetzung des „Gemeinwohls“ behindern. Die Feindbilder des rechten Protests müssen also nicht erst von den faschistischen Anheizern erfunden werden. Sie kommen aus der Logik der Integrationsstrategien und werden täglich – mehr oder min-

der offen – von den Parteien und Medien der „demokratischen Mitte“ produziert. Und wenn schon der rechte Protest gegen die Zustände keine neuen Gegner identifiziert, so muss er doch versuchen, sich vermeintlich radikal gegen die „Systemparteien“ abzugrenzen. Das kann er mit der Forderung, jetzt endlich einmal Schluss zu machen mit deren Halbheiten und Unzulänglichkeiten bei der Durchsetzung des „Gemeinwohls“. Der rechte Protest fordert daher den rücksichtslosen, brutalen und konsequenten Kampf gegen solche Feinde.

Und damit haben wir genau das, als was uns jede faschistische Bewegung entgegentritt. Dort finden sich die Beherrschten, die aufgrund der kapitalistischen Wirklichkeit unzufrieden sind mit ihren Lebensumständen, aber die sich der Ursachen und Zusammenhänge nicht bewusst sind, die für diese Lebensumstände verantwortlich sind. Deren Unzufriedenheit wird produziert durch die gesellschaftliche Wirklichkeit des Kapitalismus. Das verfälschte Bewusstsein der Beherrschten wird produziert und reproduziert von den Integrationsideologien der bürgerlich-demokratischen Parteien und Medien.

Funktion faschistischer Bewegungen

Wir können so die Quelle und den Charakter von faschistischen Bewegungen zutreffend verstehen. Aber faschistische Bewegungen sind nicht nur ein Abfallprodukt der von den Monopolen benötigten und betriebenen Rechtsentwicklung. Sie sind auch ein gewünschter und benötigter Faktor für die Herrschaftsausübung der Monopole und deswegen ist es auch kein Zufall, wenn sich an ihrer Wiege das bewusste Agieren der Monopole und ihrer Vertreter aufzeigen lässt. Das gilt für die NSDAP so und das gilt auch für die AfD. Es gibt einen Bedarf der Monopolbourgeoisie an der Existenz und dem Wirken faschistischer Bewegungen. Sie benötigen für den Fall des Versagens der Integrationsstrategien ein Auffangbecken für den Protest. Dieser muss – koste es, was es wolle – davon abgehalten werden, sich der Linken zuzuwenden und sich gar noch der Ursachen für die eigene Unzufriedenheit bewusst zu werden. Darüber hinaus sind faschistische Bewegungen auch nützlich, um die Rechtsentwicklung noch weiter anzutreiben. Und schließlich sind sie auch ein Vehikel, mit dem sich – wenn es denn nötig wird – auch der bürgerlichen Demokratie mit ihren hinderlichen Beschränkungen der letzte Tritt verpassen lässt und der Übergang zur offen faschistischen Form der Monopolherrschaft absichern lässt.

Und heute?

Wie sieht das mit Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr denn heute, aktuell aus? Wir sind keine Wahrsager. Aber wir können auf Grundlage des bisher Erarbeiteten und auf Grundlage von Beobachtungen, die wir machen können, auch einige Erkenntnisse über die gegenwärtige Lage gewinnen und Schlüsse ziehen. Manche Beobachtungen zeigen dabei deutliche Parallelen zu den eben beschriebenen Entwicklungen in der Weimarer Republik auf. Und diese Parallelen sind Anzeichen dafür, dass zumindest Teile der Monopolbourgeoisie (und zwar zentrale Teile) heute wieder die gegenwärtige Verfasstheit ihrer Herrschaft in der bürgerlich-demokratischen Form mit Parteienpluralismus, Parlamentarismus und „freiwilliger“ Integration nicht mehr als den Herausforderungen angemessen betrachten. Und solche Anzeichen sollten wir ernst nehmen.

Der „Konvent für Deutschland“

Im Jahr 2003 wurde ein Verein namens „Konvent für Deutschland“ gegründet. Als seine Aufgabe nennt er die „Reform der Reformfähigkeit“. Er will „das deutsche politische Entscheidungssystem den Anforderungen der Globalisierung, neuer Techniken, der Demographie und so weiter anpass(en).“ Mit dabei sind als Aushängeschild der frühere Bundespräsident Roman Herzog, der Unternehmensberater Roland Berger, Manfred Schneider von der Bayer AG, Manfred Pohl von der Deutschen Bank (die auch gleich für die Finanzierung sorgt), und neben einer Riege von Politikern (Klaus von Dohnany, Peter Glotz, Otto Graf Lambsdorff, Rupert Scholz, Oswald Metzger) als Strippenzieher und Weichensteller der ehemalige Chef von IBM Deutschland und ehemalige Präsident des BDI, Hans-Olaf Henkel. Der empfiehlt mit Bezug auf die Funktion des Bundespräsidenten folgende Reform:

„Dann bietet sich als nächster Schritt in die Zukunft an, ihn mit Rechten auszustatten, wie er sie in den meisten westlichen Demokratien bereits besitzt. Vielleicht sogar mit der Möglichkeit, den Bundeskanzler zu ernennen. Und zu feuern. Aus dem schwachen Amt von heute, das zur entmündigten Gesellschaft passt, die es repräsentiert, würde dann ein starker Bundespräsident, wie er, unter anderen Titeln, in unseren Nachbarländern üblich ist. Aus unserer Parteiendemokratie würde eine Präsidialdemokratie.“

Und er formuliert, wie eine „marktkonforme“ Regierung auszusehen hat:
„Stünde ein Fachmann an der Spitze, sähe auch sein Kabinett nicht länger aus wie ein Club sprachbegabter Partei- und Gewerkschaftsbonzen, sondern wie ein Gremium aus Spezialisten, die ihre Entscheidungen nicht ideologisch, sondern aus Erfahrung treffen.“

Wer denkt jetzt nicht an den Bund zur Erneuerung des Reiches und dessen Themen und dessen Propagandaarbeit? Wenige Jahre später steht Henkel dann an der Wiege der AfD.



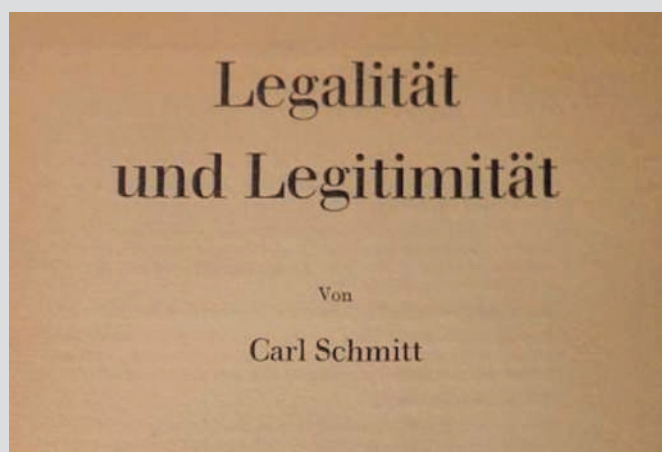
BDI-Präsident Dieter Kempf und Bundeskanzlerin Angela Merkel
Foto: Publicon / Wikipedia / CC BY-SA 4.0

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Immer wieder interessant: die Reden, die auf dem jährlich veranstalteten Tag der deutschen Industrie gehalten werden. 2018 konnte man dort z. B. vernehmen, der BDI „verlange [...] von der Bundesregierung schnelleres Handeln“ und „Deutschland muss sich auf den Abschwung der Konjunktur gefasst machen. Deshalb müssen wir jetzt vorsorgen. [...] Wir brauchen mehr Tempo in der Politik. Bürger und Wirtschaft verlangten nach einem überzeugenden Staat, der für sie da ist und Angebote für die Zukunft mache. Niemandem nutzt eine Große Koalition, die sich in der neuesten Auflage vor allem mit hausgemachten Krisen zu beschäftigen scheint.“

Und 2019 erklärte der BDI Präsident Dieter Kempf:

„Es muss ernsthaft und verantwortungsbewusst geführt werden. Europa braucht gerade jetzt angesichts wachsender Herausforderungen in der Weltwirtschaft und in der Konjunktur ein handlungsfähiges Deutschland mit einer entscheidungsstarken Regierung. Es müsse ums Land und um den Wirtschaftsstandort gehen. Parteitaktische Spielchen dürfen nicht länger die Richtung bestimmen.“



„Sie [gealterte politische Ordnungen] bedürfen infolgedessen regelmäßiger Entschlackungs- und Verjüngungskuren – aber wer soll die verschreiben und überwachen, wenn es keine legalen Kompetenzen außerhalb des politischen Systems gibt? In der Regel haben schwere politische Krisen diese Aufgabe erfüllt, die zumeist mit Kriegen verbunden waren. Einige politische Theoretiker haben deswegen gelegentliche Kriege zur Revitalisierung der politischen Ordnung vorgeschlagen. Solche Vorschläge haben heute keine Überzeugungskraft mehr. Bleibt deswegen nur noch die Diktatur?

Die Schlüsselfrage lautet: Gibt es jenseits der Legalordnung Legitimitätsreserven, die angezapft und in Anspruch genommen werden können, um eine in die Jahre gekommene Ordnung zu verjüngen?“

Herfried Münkler, Politikwissenschaftler, Stipendiat der Carl Friedrich von Siemens Stiftung und Berater der Bundesregierung in einem Beitrag über die „Lahme Dame Demokratie“ für die Zeitschrift „Internationale Politik“ Mai/Juni 2010

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Ursache der Rechtsentwicklung und der Faschismusgefahr nicht bei den Nazis und ihrem Anhang zu suchen ist, sondern beim Herrschaftsbedarf der Monopole. Sie sind es, die daher darüber entscheiden, ob die Gefahr für uns aktuell wird. Wir müssen deshalb – um zu einer treffenden Einschätzung der Gefahr zu kommen – solche Anzeichen, wie die hier erwähnten wahrnehmen. Und wir sollten als Zweites schauen, welche realen Schritte in Sachen Rechtsentwicklung unternommen werden (als da sind: neue Polizeigesetze; Ausbau von Macht und Zuständigkeiten der Geheimdienste; Verschwörungen, die im Hintergrund von Uniter, Nordkreuz, oder auch hinter dem NSU-Komplex sichtbar werden; das rechtliche Konstrukt des „Gefährders“, mit dem die Schutzhaft-Maßnahmen der Nazis wiederkehren). Und schließlich müssen wir als Drittes auch analysieren, wie die Lage des deutschen Imperialismus sich entwickelt. Welche Chancen und

welche Schwächen den Monopolen als kommende Herausforderungen erscheinen müssen. Das heißt insbesondere, wir müssen analysieren: Es gibt eine wachsende Kriegsgefahr und wir müssen verstehen, welche Bedeutung dies auch für Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr hat. Diese Arbeit zu leisten gehört auch zu den Aufgaben der Kommunistischen Partei im antifaschistischen Kampf.

Zusammenfassung

Der Prozess der Rechtsentwicklung stellt sich also wie folgt dar: Ausgangspunkt ist der Drang des Kapitals nach Durchsetzung seiner Interessen und die für das Stadium des Monopolkapitalismus spezifische Notwendigkeit, hierzu die aktive Unterstützung und Mitarbeit möglichst der ganzen Gesellschaft zu mobilisieren. Da die Durchsetzung der Monopolinteressen aber mit der Verletzung der Interessen der breiten Bevölkerung einhergeht, ruft sie in Teilen der Bevölkerung unvermeidlich immer wieder Unzufriedenheit hervor. Diese Unzufriedenheit birgt die Gefahr, dass durch sie die notwendige Integration einer Massenbasis für die Ziele der Monopole nachlässt. Und dieser Gefahr begegnet der bürgerliche Staat mit einem schrittweisen Widerruf demokratischer Rechte. Damit setzt eine Eskalation von weiterem Anwachsen der Unzufriedenheit und stets weitergehender Rechtsentwicklung ein, an deren Endpunkt – wenn sie nicht gestoppt wird – der Übergang zum offenen Faschismus steht. Die Aufgabe der antifaschistischen Kräfte ist es, diesen Prozess der Rechtsentwicklung zu stoppen. Dazu müssen sie die Macht erlangen, das Monopolkapital, seinen Staat und die Parteien der „demokratischen Mitte“ daran zu hindern, die Eskalation weiter zu betreiben.

Ist es unsere Aufgabe, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen?

Diese Frage taucht in vielen Diskussionen um unsere antifaschistische Strategie auf. Wer meint, sie ist einfach zu beantworten, der beantwortet sie vermutlich falsch. Wir werden uns nicht um eine Antwort drücken, aber wichtiger scheint uns noch zu sein, die Fallstricke bei der Beantwortung dieser Frage zu beleuchten.

Eine der oft zu vernehmenden Antworten geht ungefähr so: *„Ja, das muss doch unsere Lehre aus dem Versagen der antifaschistischen Kräfte sein, den Hitlerfaschismus nicht verhindern zu können. Unser Fehler war, dass wir nicht zusammengestanden haben und nicht rechtzeitig begriffen haben, dass – bei aller Kritik an den Unzulänglichkeiten der bürgerlichen Demokratie – diese doch gegenüber dem, was der Faschismus dann brachte, immer noch viel besser war. Zumindest nach der Erfahrung, was Faschismus an der Macht bedeutet, müssen wir doch jetzt verstehen, dass die bürgerliche Demokratie jedenfalls im Vergleich mit dem Faschismus das kleinere Übel ist und deswegen von uns zusammen mit allen anderen Demokraten gegen die Angriffe der Faschisten verteidigt werden muss.“*

Das Urteil ist richtig, dass die parlamentarisch-liberale Form bürgerlicher Herrschaft für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung und besonders für die Arbeiterklasse bessere Bedingungen und Möglichkeiten gewährt, die Berücksichtigung ihrer Interessen einzufordern, und dass wir – vor die Wahl gestellt – nur Gründe haben, dieser gegenüber dem Faschismus den Vorzug geben. Dass diese Antwort dennoch eine falsche Orientierung für unsere antifaschistische Strategie gibt, liegt daran, dass wir eine so geartete Wahl gar nicht haben. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, genau zu analysieren, von wo der Angriff auf die erkämpften Rechte, auf die demokratischen Errungenschaften der parlamentarisch-liberalen Herrschaftsform kommt und warum er erfolgt. Wenn es aber nicht die Faschisten sind, die den Faschismus hervorrufen, sondern wenn es die Monopolbourgeoisie ist, deren Unersättlichkeit und Expansionsdrang sie

dazu bringt, den eskalierenden Weg der Rechtsentwicklung hin zum Faschismus einschlagen zu müssen, dann müssen wir den Kampf zur Verhinderung von Faschismus offensichtlich verlieren, wenn wir uns darauf beschränken, ihn vorrangig als Verteidigung gegen die Angriffe der Faschisten zu führen.

Die andere auch oft zu vernehmende und auf den ersten Blick entgegengesetzte Antwort lautet in etwa so: *„Wenn wir doch begriffen haben, dass Faschismus eine Form kapitalistischer Herrschaft ist, und die bürgerliche Demokratie eine andere Form der Herrschaft der gleichen Klasse, wenn wir dann auch noch immer wieder die Erfahrung machen, dass die bürgerlich-demokratischen Parteien die gleichen Ziele verfolgen wie die Faschisten und sich beim Maß der Gewalt, der Inhumanität, der Kriegshetze, der Repression nur noch quantitativ von den Faschisten unterscheiden, dann würden wir doch die falsche Orientierung ausgeben, wenn wir zur Verteidigung dieser bürgerlichen Demokratie aufrufen. Wir wollen den Sozialismus, wir wissen, dass nur nach dem Sturz bürgerlicher Herrschaft die Gefahr von Faschismus gebannt werden kann – dann sollten wir auch diesen Weg gehen, statt mit der bürgerlichen Demokratie bloß eine andere Herrschaftsform des Klassengegners zu verteidigen.“*

Dass die Parteien der „bürgerlich-demokratischen Mitte“ und die Faschisten letztlich die gleichen Ziele verfolgen, und auch gar nicht anders können, da sie nun mal alle Akteure der monopolkapitalistischen Klassenherrschaft und dessen Staates sind, ist hier richtig beobachtet. Ebenso zu Recht wird erkannt, dass der Weg des „kleineren Übels“ (also z.B. den Weg der Sozialdemokratie der Weimarer Republik, in der Absicht, einen Hitler zu verhindern erst einen Brüning, dann einen Hindenburg zu unterstützen) unweigerlich dazu beiträgt, schließlich doch jegliches – auch das größte Übel – zu erhalten. Aber diese Antwort leidet unter dem gleichen Hinwegsehen über den klassenmäßigen Ursprung und den Charakter der Angriffe auf die demokratischen Rechte. Und hier führt dies dazu, in der Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte nur eine solche „kleinere Übel Politik“ und mithin eine Verteidigung der kapitalistischen Herrschaft zu erkennen. Stattdessen würde bei genauerem Hinsehen erkennbar, dass die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie bedeutet, der Kampf gegen jene Monopolfraktionen aufzunehmen, die gerade zu dem Urteil kommen, auch jene verkümmerte Form von Demokratie stelle eine für ihre Herrschaftsausübung hinderliche Schranke dar und soll deswegen abgeschafft werden.

Eine kluge antifaschistische Strategie vermeidet den Opportunismus der Verteidigung „kleinerer Übel“. Ein Opportunismus, der uns erpressbar macht, der eine Entwicklung hin zum Faschismus nicht stoppen kann, sondern diese noch befördert. Das Beispiel der Sozialdemokratie, deren Reichstagsfraktion schließlich noch der außenpolitischen Erklärung Hitlers applaudierte und alle Juden aus ihrem Parteivorstand entfernte – bevor sie dann dennoch verboten wurde – sollte uns vor solchen Opportunismus warnen. Eine kluge Strategie verfällt aber auch nicht dem Schematismus, über eine politische Herrschaftsform unter Abstraktion der konkreten, historisch sich entwickelnden Bedingungen zu urteilen. Wir sollten erkennen können, dass der Kampf zur Verteidigung bürgerlicher Demokratie einen anderen Charakter erhält, wenn die

Monopolbourgeoisie von dieser Herrschaftsform abrückt, wenn sie in ihr ein Hindernis ihrer kommenden Machtentfaltung erachtet und den Weg der Rechtsentwicklung hin zum Faschismus einschlägt. Wenn wir unter diesen Bedingungen die bürgerliche Demokratie verteidigen, dann verstehen wir, dass wir sie verteidigen gegen die Angriffe, die ausgehen von der Monopolbourgeoisie und ausgeführt werden auch von ihren Parteien der sogenannten demokratischen Mitte. Dann ist unsere Verteidigung der bürgerlichen Demokratie aber nicht der Opportunismus des „kleineren Übels“, sondern es ist Klassenkampf gegen das aktuelle Herrschaftsinteresse der Monopolbourgeoisie. Aufgabe unserer Bündnisarbeit ist es, dass dieser Interessengegensatz erkennbar wird. Dabei gilt es, an Lenins Erkenntnis im „linken Radikalismus“ anzuknüpfen, dass die Massen nicht durch Agitation und Propaganda lernen, sondern durch die eigene politische Erfahrung.

„Parteien der demokratischen Mitte“

Diese dürfen wir nicht undifferenziert und undialektisch als statischen Block sehen. Demgegenüber ist es gerade für unsere antifaschistische Strategie notwendig, wahrzunehmen und klug aufzugreifen, dass in diesen Parteien sehr unterschiedliche Kräfte und Tendenzen eine Rolle spielen. Dass also auch innerhalb dieser Parteien Kämpfe stattfinden die uns überhaupt nicht egal sein können. Das wären sie aber, wenn wir diese Parteien nur als geschlossenen Block „auf der anderen Seite“ sehen würden. Zu unseren Aufgaben im antifaschistischen Kampf gehört es statt dessen nicht nur, die Differenzierungen in diesen Parteien wahrzunehmen (das ist Voraussetzung), sondern auch noch diese Kämpfe als „unsere“ Kämpfe zu betrachten und – wo möglich – aktiv auf sie Einfluss zu nehmen, zu helfen etc.

„Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“

G. Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale



UZ probelesen – 6 Wochen gratis



Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen.
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Coupon ausschneiden und einsenden: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: 0201 - 17 78 89 - 28 . E-Mail: info@unsere-zeit.de . www.unsere-zeit.de



Schaut mal rein!

www.uzshop.de

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen • Bücher Broschüren
Tassen • CDs • DVDs • Tragetaschen • Antiquariat und mehr